

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

(36. Sitzung am 24. September 2020)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/7330](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelte den Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport - unter Einbeziehung der MiPla 2020 – 2024. Jeweils **teils in öffentlicher, teils in vertraulicher Sitzung** nahm er die Einbringung durch den Verfassungsschutzpräsidenten entgegen. Der Ausschuss führte eine allgemeine Aussprache sowie die Einzelberatung durch und schloss sie ohne Änderungsempfehlungen für den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ab.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7315](#)

In nicht öffentlicher Sitzung bat der - federführende - Ausschüsse die Landesregierung, den Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung mündlich zu erläutern. Er beauftragte die Sprecher der Fraktionen, sich am Rande des Oktober-Plenums auf das Verfahren bezüglich einer Anhörung zu verständigen.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Erkenntnisse des Niedersächsischen Verfassungsschutzes über sog. Corona-Rebellen und rechten Strukturen in der Corona-Leugner-Szene**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **in nicht öffentlicher Sitzung** entgegen.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Beschlagnahmung einer großer Menge Waffen in Seevetal**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **in nicht öffentlicher Sitzung** entgegen.

5. **Weiterer Umgang mit einem Aktenbegehren nach Art. 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung**

hier: Vorlage der Unterlagen zu den Vorgängen bezüglich der Enttarnung einer Vertrauensperson des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen

Der Ausschuss beschloss **in nicht öffentlicher Sitzung** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen und bei Stimmenthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP, die Unterlagen zurückzugeben.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **in vertraulicher Sitzung** entgegen.